

## POSITION

### Für den G20-Gipfel in Pittsburgh fordert der Wirtschaftsrat:

- **Internationale, am langfristigen Unternehmenserfolg orientierte Vergütungssysteme.** Wie von der EU gefordert, müssen Bonuszahlungen in einem angemessenen Verhältnis zum Grundgehalt stehen. Darüber hinaus sollten nach Vorbild des deutschen Vorstandsvergütungsgesetzes „goldene Handschläge“ bei Misserfolg vermieden und Fehlverhalten sanktioniert werden. Gesetzliche Gehaltsobergrenzen sind dagegen weder praktikabel noch zielführend. In einer Marktwirtschaft müssen die grundlegenden Entscheidungsrechte der Eigentümer gewahrt bleiben und verantwortungsbewusst ausgeübt werden.
- **Verbindlicher Zeitplan für Erhöhung der Eigenkapitalanforderungen.** Die notwendige Anhebung der Mindestquoten für Eigenkapital darf nicht dazu führen, dass sich die Kreditvergabesituation weiter verschärft und die wirtschaftliche Erholung gefährdet wird. Gleichzeitig gilt es, die prozyklischen Elemente von Basel II abzumildern.
- **Schlagkräftige internationale Finanzaufsicht.** Einführung eines wirksamen Frühwarnsystems und die Stärkung der Aufsicht über systemrelevante Finanzinstitutionen und -produkte unter Leitung von Internationalem Währungsfonds und Financial Stability Board.
- **Internationale Insolvenzordnung für Finanzinstitute.** Ein „too big to fail“ auf Kosten des Steuerzahlers darf es nicht mehr geben. Stattdessen müssen in Abhängigkeit von der Unternehmensgröße Risikopuffer durch höhere Eigenkapitalanforderungen gebildet werden. In Krisensituationen sind Anteilseigner und Gläubiger im Rahmen eines Tausches von Eigenkapital gegen Schulden (Debt-for-Equity-Swaps) heranzuziehen.
- **Entwicklung glaubwürdiger Exit-Strategien.** Der Staat spielt als Brückenbauer aus der Krise eine wichtige Rolle. Dennoch bleibt richtig: Er ist weder der bessere Unternehmer noch Banker. Daher müssen bereits heute international abgestimmte Exit-Strategien für einen schnellen Rückzug des Staates nach der Krise entwickelt werden.

Weit über die derzeitige Diskussion hinaus kommt es darauf an, das Vertrauen in unsere freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung wieder zu festigen. Die Kommission Soziale Marktwirtschaft und Ethik des Wirtschaftsrates unter Leitung von Prof. Dr. h.c. mult. Nikolaus Schweickart hat daher einen Katalog konstituierender Prinzipien für eine stabile Weltwirtschaftsordnung entwickelt. Kernelemente sind:

- Fairer Freihandel statt wieder erstarkender Protektionismus.
- Schaffung eines internationalen Struktur- und Ordnungsrahmens im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft.
- Globaler Umwelt- und Klimaschutz als Grundlage einer nachhaltigen Entwicklung.
- Gute Corporate Governance als Basis verantwortungsvoller Unternehmensführung.

Der Wirtschaftsrat wird das vollständige Positionspapier „Soziale Marktwirtschaft: Wertefundament für eine stabile Weltwirtschaftsordnung“ in die Beratungen zu der von Bundeskanzlerin Merkel initiierten Charta des nachhaltigen Wirtschaftens einbringen.